

Olaf Scholz, Jürgen Wasem, Klaus-Peter Wolf

*Scholz
Jürgen Wasem
Klaus-Peter Wolf*

Auf dem Weg zum parteifrommen Jugendverband?

Einschätzung des Juso-Bundeskongresses 1982

Der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten fand in einer neuen historischen Umbruchphase der bundesrepublikanischen Entwicklung statt, die für die 80er Jahre und darüber hinaus entscheidend sein wird. Die politische Lage in der BRD ist zur Zeit geprägt von einer ungeheuren Labilität. In diesem innenpolitischen wie außenpolitischen »Schwebezustand« stehen auf mittlere Sicht zwei grundsätzliche Lösungsmodelle alternativ gegenüber:

Zum einen eine Wende nach rechts, mit einer CDU/CSU-Regierung, die mit einschneidenden Auswirkungen auf politischer, ökonomischer und ideologischer Ebene verbunden wäre. Dies würde in letzter Konsequenz eine völlige Unterordnung unter die offensive Globalstrategie des US-Imperialismus bedeuten.

Zum anderen kann ein Weg eingeschlagen werden, der eine Wende nach links beinhaltet — und sei diese Wende auch noch so klein. Eine solche Wende nach links erfordert zwei gravierende Kurskorrekturen in der Rüstungs- sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD. Die erste Kurskorrektur betrifft den NATO-Beschluß zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper auf dem Boden der BRD. In dieser Frage kann es für die fortschrittlichen demokratischen Kräfte in diesem Land nur ein entschiedenes NEIN geben. Eine Stationierung würde für die BRD eine grundlegende Verschiebung auch der innenpolitischen Kräfteverhältnisse nach rechts bedeuten. Eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß kommt der Friedensbewegung zu, die eine ungeheure Stärke erreicht hat und als deren Bestandteil sich jetzt schon Hunderttausende von Sozialdemokraten betrachten. Sie befindet sich zur Zeit vor ihrer größten Bewährungsprobe: auf der einen Seite konfrontiert mit gewaltsamen Auseinandersetzungen (in West-Berlin während des Besuchs von US-Präsident Reagan), auf der anderen Seite bedroht durch Ausgrenzungsversuche von Gruppen, die die Friedensbewegung für ihre eigenen politischen Ziele vereinnahmen wollen. Eng verbunden mit den Problemen, die sich durch eine weitere Aufrüstung in der BRD ergeben, ist die zweite Kurskorrektur, die Entscheidungen gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen Sozial- und Bildungsabbau, gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der lohnabhängigen und lernenden Bevölkerung betrifft.

Eine Wende nach rechts könnte verhindert werden, wenn sich Sozialdemokratie, Gewerkschaften, die Friedens- und Ökologiebewegung sowie Grüne und Alternative auf eine offensive Abrüstungs- und an Arbeitnehmerinteressen orientierte Haushalts- und Wirtschaftspolitik verständigen würden.

In dieser historischen Situation verfolgt die SPD-geführte Bundesregierung jedoch eine Politik, die Milliarden DM für Rüstung bereitstellt und die gleichzeitig mit einem für die bisherige Geschichte der BRD einmaligen Sozialabbau in nicht unerheblichem Maße einer Rechtsregierung den Boden bereitet. Die Politik der SPD widerspricht damit den Interessen der eigenen Wählerbasis und der Parteimitglieder. Sie führt nicht nur zu einem Verlust der Regierungs- und Oppositionsfähigkeit, sondern in letzter Konsequenz zu einer Aushöhlung der politischen und moralischen Substanz der Partei. Dies mündet dann unausweichlich in den freiwilligen Verzicht, politische Kräfteverhältnisse verändern zu wollen, was nichts anderes bedeutete als eine kampflöse Übergabe der politischen Macht an die Rechtskräfte.

Auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Lahnstein ist jedoch nicht deutlich geworden, welche politisch-strategischen Perspektiven die Jungsozialisten vor dem hier skizzierten Hintergrund anbieten können.

Antragsberatung: innerverbandliche Konflikte nicht qualifiziert herausgearbeitet

Zur Friedenspolitik hat der Bundeskongreß einen modifizierten Antrag aus dem Westlichen Westfalen beschlossen, der sich vor allem dadurch auszeichnet, daß er den zentralen Zusammenhang von Ökonomie und Rüstung hervorhebt. Jungsozialisten müssen in der Diskussion mit anderen Teilen der Friedensbewegung deutlich machen, daß Aufrüstung und Kriegsgefahr notwendige Begleiterscheinungen des Imperialismus sind und daß deshalb eine dauerhafte Friedenssicherung nur möglich ist, wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem vom Sozialismus abgelöst wird. Gleichzeitig wird in diesem Antrag klargestellt, daß die Jungsozialisten sich als solidarischer Teil der Friedensbewegung verstehen und Ausgrenzungs- und Spaltungsversuchen, wie sie jüngst von den Grünen unternommen worden sind, in Zukunft fester widerstehen werden, als dies in der Vergangenheit zu beobachten war. Die Jungsozialisten arbeiten im Rahmen des Konsenses, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD verhindern zu wollen, solidarisch mit allen anderen Teilen der Friedensbewegung zusammen.

Hier sind jedoch mehrere Fragen offengeblieben: einerseits die Frage, mit welcher Strategie in der SPD von uns Mehrheiten gegen den NATO-Beschluß geschaffen werden. Andererseits blieben Fragen der Friedensbewegung unbeantwortet: mit welchen Widerstandsformen sie tatsächlich eine Stationierung verhindern kann und ob es um die Bildung einer »blockübergreifenden« Friedensbewegung geht oder um die Beachtung unterschiedlicher nationaler Bedingungen im Friedenskampf. Schließlich ist der Kongreß auch kaum auf die Bewertung des militärisch-industriellen Komplexes eingegangen, dessen Existenz von Teilen des Göttinger Kreises bestritten wird, die wiederum den grundlegenden Gedanken unterstrichen haben, daß eine Konzentration der Friedensbewegung auf die amerikanischen Raketen erforderlich sei.

Zur Einschätzung der aktuellen Krise der Sozialdemokratie lagen Anträge aus Hessen, Franken und Niederrhein vor. Der Niederrheinische Antrag erblickte im letzten Bundesparteitag der SPD eine Erneuerung des »Integrationsangebotes von Godesberg« und wollte im Jahre 1982 den »Orientierungsrahmen 85« neu beleben. Diese Manifestation des Reformismus bei den Jungsozialisten hatte von vornherein keine ernstesten Chancen. Wesentlicher sind da die Anträge aus Hessen und Franken. Am hessischen Antrag ist vor allem die Übernahme alternativer Sozialstaatskritik bedenklich, die zu Zeiten, wo im großen Maße Sozialleistungen abgebaut werden, zu der Erkenntnis gelangt, daß zuviel Sozialstaat ohnehin von Übel sei. Der fränkische Antrag analysiert die Sozialdemokratie als personifizierten Reformismus, der nie etwas anderes als höchstens ein radikalisierte Reformismus werden könne. Außerdem wird in dem Antrag bestritten, daß die lohnabhängige Bevölkerung ein einheitliches und objektives Interesse an der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung habe. Die Genossinnen und Genossen müssen gefragt werden, wie bei einer solchen Analyse eine demokratische Veränderung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sein soll.

Der Kongreß entschied sich, über keinen dieser Parteianträge zu beschließen. Die Diskussion über die real existierende SPD und ihre Veränderungsmöglichkeiten soll in der Zukunft intensiviert werden.

Unter dem Strich bleiben auch hier viele offene Fragen: So wie die reformistische Mehr-

heit im Bundesvorstand immer wieder versucht, die Bonner Regierungspolitik — z.B. die soziale Demontage (»Sozialstaat ist mit einem blauen Auge davongekommen« [Piecyk]) — zu verharmlosen, wagt sie sich auch nicht an eine kritische Auseinandersetzung mit der Parteilinken heran. Eine harte Debatte mit dem linken Flügel der Regierungspartei würde auch das politische Selbstverständnis der reformistischen Strömung bei den Jungsozialisten erkennbarer werden lassen. Vielleicht unterbleibt diese Debatte, weil ein zu hoher Grad an inhaltlicher Übereinstimmung besteht und die reformistischen Jusos nicht so offenkundig in Verbindung gebracht werden wollen mit ihren »Ziehv Vätern« und deren Diagonalkarriere von links unten nach rechts oben. Daß der Frankfurter Kreis jedoch kaum noch in der Lage ist, ein gemeinsames Handeln der Parteilinken zu organisieren, ist spätestens im Vorfeld und im Verlauf des Münchner Parteitages deutlich geworden, wo relevante Teile dieses Kreises die Haltung der Bundesregierung zum NATO-»Doppelbeschluß« vorbehaltlos unterstützten. Mit welcher inhaltlichen Plattform kann durch innerparteiliche Aktivitäten, verknüpft mit außerparteilichen und parlamentarischen Aktionen, die Neukonstituierung einer Vereinigten Linken von den Jusos in Gang gesetzt werden?

Daß die reformistische Juso-Fraktion in ihrer Mehrheit weit davon entfernt ist, inhaltlich und programmatisch eine Orientierungsfunktion für die Parteilinke wahrzunehmen, zeigte eine Diskussion über die Konsequenz des Hamburger Wahlergebnisses. Im Tenor der Hamburger Parteilinken votierte Willy Piecyk für eine »saubere« Lösung: für Neuwahlen. Er fiel damit den Hamburger Jungsozialisten in den Rücken, die die SPD noch in der Wahlnacht aufforderten, mit der GAL eine Koalition anzustreben, da beide Fraktionen zusammen in der Bürgerschaft eine Mehrheit haben. (Wo will sich Willy Piecyk politisch in der SPD einordnen, wenn er nun die von Willy Brandt geäußerten Gedanken zum Verhältnis von SPD und Grünen sowie die nunmehr laufenden Verhandlungen zwischen der Hamburger SPD und GAL überdenkt?) Beschlossen wurde dann auch ein Initiativantrag des Hamburger Landesverbandes, in dem es u.a. heißt:

»Die Jungsozialisten wenden sich gegen Neuwahlen in Hamburg. SPD und GAL vereinigen mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen. Daraus ergibt sich eindeutig ein Wahlauftrag für eine fortschrittliche Regierungsbildung in Hamburg. Die Jungsozialisten fordern die Sozialdemokratische Partei auf, unverzüglich mit der in Hamburg in das Parlament gelangten GAL in Verhandlungen über eine Koalition zu treten. Mit der GAL bestehen in vielen Bereichen inhaltliche Gemeinsamkeiten, so daß die Grundlage für eine Zusammenarbeit gegeben ist. Allerdings wird die SPD sich zu einer radikalen Reformorientierung entschließen müssen.

Die SPD muß ihre Konfrontationspolitik gegenüber dem grün-alternativen Spektrum auf Bundesebene endlich aufgeben. Da das historische Bündnis mit der FDP überholt ist und künftig die grün-alternativen Gruppierungen das fortschrittlich-bürgerliche Wählerpotential ansprechen, sind Formen der Zusammenarbeit mit ihnen zu entwickeln. Kooperativformen zwischen SPD und Grün/Alternativen, die auch auf parlamentarischer Ebene denkbar werden müssen, sind ein Beitrag zur Verhinderung einer Rechtsregierung. Dies schließt auch die Möglichkeit der Koalition ein.«

Das in der Sommerpause insbesondere von Lafontaine und Gaus, aber auch von Vogel thematisierte Problem einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung in Bonn ist in Lahnstein in einem Initiativantrag des Berliner Landesverbandes zur »Sparoperation 82« angesprochen worden: Er verlangt, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder an weiteren Sparmaßnahmen nicht teilnehmen, sondern notfalls die Regierung verlassen sollten.

Im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik wird eine aktive Beschäftigungspolitik gefordert. Die Jungsozialisten verlangen, in Anknüpfung an die Forderungen der »Memoran-

dumsgruppe«, ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 200 Milliarden DM. Allerdings mangelt es dem gesamten Verband in diesem Arbeitsfeld an verallgemeinerbarer aktionsorientierter Politik vor Ort.

Überraschenderweise wurde auf dem Kongreß ein Aktionsprogramm beschlossen. Als Anträge lagen ein Entwurf aus Südbayern und ein ausführlicher Antrag aus Hamburg vor. Der südbayerische Antrag bezeichnete nur die Arbeitsfelder und enthielt keine konkreten Aktionsvorschläge. Trotz eines engagierten Plädoyers von Rudolf Hartung wurde er nicht angenommen. Beschlossen wurde ein Kompromißantrag, der sich im wesentlichen auf die konkreten Hamburger Aktionsvorschläge beschränkte und die längeren inhaltlichen Ableitungen ausließ. Nach dieser Initiative von Hessen-Süd, gemeinsam mit dem Hamburger Landesverband realisiert, unterliegt der Bundesvorstand jetzt das erste Mal seit langem wieder konkreten Arbeitsverpflichtungen in den Bereichen Frieden, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Ökologie sowie Sicherung demokratischer Rechte und Antifaschismus. Zweifellos ein Fortschritt.

In allen relevanten Bereichen — Friedenspolitik, Situation der Partei, Wirtschaftspolitik — fehlten fundierte Anträge, mit denen sich der Kongreß hätte auseinandersetzen können. So sind schließlich Anträge mit wechselnden Mehrheiten — unter jeweils taktischen Vorzeichen — verabschiedet worden. Keiner der drei traditionellen Strömungen des Verbandes ist es mithin gelungen, die innerverbandlichen »Auseinandersetzungslinien« herauszuarbeiten.

Mit den fränkischen Anträgen und dem Südbayern-Entwurf für ein Arbeitsprogramm (Orientierungsrahmen 84), die als Leitanträge des Göttinger Kreises dienten, hat sich diese Juso-Gruppierung auf eine Selbstdarstellung ihrer Positionen beschränkt. Anders als auf den vergangenen Bundeskongressen unternahm diese Gruppierung keinen ernsthaften Versuch, mehrheitsfähige marxistische Positionen durchzusetzen. In der inhaltlichen Debatte bestätigte die sich schon im Vorfeld des Bundeskongresses in der Frage der Hartung-Kandidatur deutlich gewordene Selbstisolierung des Göttinger Kreises sowohl im Gesamtverband als auch speziell innerhalb der marxistischen Jungsozialisten. Insbesondere die fränkischen Anträge, deren politische Substanz nicht bezweifelt werden soll, offenbarten ein unpraktisches Theorieverständnis und sind deshalb für die Orientierung eines Jugendverbandes wenig hilfreich.

Bundesvorstandswahlen: Zersplitterung der reformistischen Stimmen

Bei der Bildung des Bundesvorstandes und der Wahl des Bundessekretärs gab es keinerlei Verschiebungen zwischen den Strömungen. Überraschend war lediglich, daß sich die drei Kandidaten der Minderheit (Scholz, Wasem, Worsch) bereits im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit durchsetzen konnten (gemeinsam mit Ulf Skierke). Dies ist allerdings auf Stimmen integrationswilliger Reformisten aus Hessen-Süd zurückzuführen. Die Reformisten waren bei der Wahl der Stellvertreter in der schwierigsten Situation, da sie sich nicht auf zwei Kandidat(inn)en einigen konnten. Von ihnen erreichte niemand die erforderliche absolute Mehrheit im ersten Wahlgang. Sie überließen es also den anderen Gruppierungen, Kandidat(inn)en auszuwählen. Diesen — insbesondere den Bezirken des Hannoveraner Kreises — sollte dann die »Schuld« einer möglichen Nicht-Wahl von erstmals kandidierenden Genossinnen aufgebürdet werden. Entsprechende Gerüchte wurden vor und während des Kongresses — auch von den kandidierenden »Nicht-Stamokap-Frauen« (nach eigener Aussage) gestreut. Das in der Tat schwerwiegendste Problem bei den Frauen-Kandidaturen war, daß beide Genossinnen — wie übrigens auch Ulf Skierke — kein

Votum ihres Bezirkes hatten. Ihre Wahl im zweiten Wahlgang soll und muß verstanden werden als Erkenntnis insbesondere von Bezirken des Göttinger und Hannoveraner Kreises, daß eine Beteiligung von Genossinnen am Bundesvorstand politisch sinnvoll und notwendig ist. Ob durch die Wahl von Gabriele Schwietering und Vera Konieczka mehr als ein Zeichen für den Aufbruch patriarchalischer Strukturen des Juso-Verbandes und für die integrale Behandlung der Frauen-Probleme gesetzt worden ist, muß sich erst noch herausstellen.

Auch bei der Wahl des Bundesvorsitzenden stimmten die reformistischen Bezirke nicht einheitlich, weshalb Rudolf Hartung im ersten Wahlgang mehr Nein- als Ja-Stimmen erhielt und dann im zweiten Wahlgang mit relativer Mehrheit gewählt wurde. Hier hat erstmals eine Juso-Gruppierung einen Vorsitzkandidaten aufgestellt, den sie selbst nur mit äußersten Bedenken unterstützen konnte und dessen Kandidatur sie zuvor als »Armutszugnis« bezeichnet hat. Rudolf Hartung ist von ihnen allein aus borniertem Fraktionsdenken aufgestellt worden, da sie für keinen Preis die Führung des Verbandes abgeben wollen. Er gehört damit zu den Vorsitzenden, die nur gewählt worden sind, um andere zu verhindern. Dieses machtbesessene Fraktionsdenken, das inhaltliche Fragen in den Hintergrund drängt, muß überwunden werden. Die innerverbandlichen Strömungen und deren Gesprächskreise sind jedoch nicht nur zulässig, sondern bis zum heutigen Tage ein notwendiges Merkmal sozialistischer Organisationen.

Die Bezirke des Hannoveraner Kreises haben damit ihr wichtigstes personelles Ziel, die Wahl von Rudolf Hartung zu verhindern, nicht erreicht. Die entscheidende Voraussetzung — nämlich einen Gegenkandidaten aus den oppositionellen Strömungen aufzustellen — war nicht möglich. Die Verantwortung hierfür trägt der Göttinger Kreis, der selbst keinen Kandidaten vorgeschlagen hatte und den möglichen Kandidaten des Hannoveraner Kreises nicht unterstützen wollte. Damit hat der Göttinger Kreis — was seine verantwortlichen Genossen bereits früh signalisierten — dazu beigetragen, daß sich Rudolf Hartung letztlich durchsetzen konnte. Für die marxistischen Jungsozialisten in ihrer Gesamtheit ist es ein Zeichen der Schwäche, daß sie in dem entscheidenden Moment, wo die Führung des Juso-Verbandes an einen Aparatschik, der im Baracken-Denken verfangen ist, übergehen sollte, kein Bündnis und selbst keine qualifizierte Personaldebatte zustandebringen konnten.

Politische Perspektiven für die weitere Arbeit der Jusos

Mit der Wahl von Rudolf Hartung zum Bundesvorsitzenden besteht die Gefahr, daß die Jungsozialisten innerhalb, aber auch außerhalb der SPD nur noch als halbherzig kritische (noch) Regierungs- oder Parteijugend fungieren werden. Die Beschlußlage nach dem Bundeskongreß in Lahnstein steht einer solchen Entwicklung nur in Ansätzen entgegen.

Zur innerverbandlichen Situation der Jungsozialisten bleibt festzuhalten, daß trotz des Niedergangs der reformistischen Bezirke der marxistische Flügel auf dem Bundeskongreß in Lahnstein nicht führungsfähig war. Zwar konnten in den wichtigsten Debatten unsere Positionen verdeutlicht werden. Dennoch bleibt festzustellen, daß aus den Bezirken des Hannoveraner Kreises kein substanzieller Antrag vorgelegt worden ist, für den sie hätten kämpfen und der einen Schritt zur Vereinheitlichung des Juso-Verbandes auf marxistischer Grundlage hätte bringen können. Es gelang lediglich, in den inhaltlichen Bereichen Frieden, Wirtschaftspolitik und Parteieinschätzung Schlimmeres zu verhindern. Eine unmittelbare Stärkung des marxistischen Flügels bei den Jungsozialisten brachte dieser Bundeskongreß nicht.

Um die Jungsozialisten nicht in die Richtung eines parteifrommen Jugendverbandes abgleiten zu lassen, eine Gefahr, die sich unter einem Bundesvorsitzenden Hartung überdeutlich abzeichnet, wird es notwendig sein, in den Hauptfeldern der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen — in der gegenwärtigen historischen Situation sind das die Bereiche Frieden und Wirtschaftspolitik — zu einer gemeinsamen politischen Praxis zu gelangen.

Für die Bezirke, die sich dem Hannoveraner Kreis zurechnen, wird es darauf ankommen, beispielhafte, für den Gesamtverband nachvollziehbare theoretische und praktische Impulse zu geben. Deshalb ist von einem Autorenkollektiv das spw-Extra »Frieden ist machbar. Sozialistische Positionen zum Kampf für den Frieden« erarbeitet worden, das Grundlage für eine friedenspolitische spw-Tagung am 30./31. Oktober d.J. sein wird, zu der alle Teile der Friedensbewegung und auch sozialdemokratische Befürworter des NATO-»Doppelbeschlusses« eingeladen worden sind.

Deshalb wird es auch für marxistische Sozialdemokraten darauf ankommen, im wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeitsfeld aktionsorientierte, also regional praktikierbare Politik zu entwickeln. (Hierzu findet im Frühjahr 1983 eine spw-Tagung statt.)

In diesen beiden zentralen Arbeitsfeldern müssen von unserer Gruppierung Aktionen entwickelt und praktiziert werden, die alle anderen Gliederungen der Jusos übernehmen können. Insofern wird zum einen der Bundesausschuß für die weitere Verbandsarbeit bedeutsamer; und er wird politisiert werden müssen. Zum anderen muß die innerverbandliche Bündnisarbeit rekonstruiert werden. Der Göttinger Kreis kann dabei nicht mehr beanspruchen, der alleinige bzw. wichtigste Bündnispartner zu sein. Die vorhandenen Anknüpfungspunkte für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Bezirken Baden-Württemberg, Hannover, Westliches Westfalen und Hessen-Süd sind ebenso und intensiver als zuvor zu nutzen.

Ebenso notwendig ist eine Neubestimmung der außerverbandlichen Bündnisarbeit. Neue soziale Bewegungen und die Widerstandskräfte, die sich im Reproduktionsbereich gebildet haben, sind für Jungsozialisten auch wichtige Bündnispartner. Aufgabe der Jungsozialisten ist es deshalb, im außerparteilichen/außerparlamentarischen Bereich hinzuwirken auf eine Vereinheitlichung der Kräfte der Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und der neuen sozialen Bewegungen: Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Anti-Rotstiftinitiativen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die Kräfte, die sich im grün/alternativen Spektrum organisiert haben. Entscheidend für die Bündnisarbeit wird sein, die Autonomie der jeweiligen Bewegungen vorbehaltlos anzuerkennen und sie als Mitstreiter in einem gemeinsamen Kampf auf dem Wege zu einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung einzubeziehen, ohne allerdings zwei Kardinalfehler zu begehen: sich unkritisch an die jeweiligen Positionen anzuhängen oder aber den Versuch zu unternehmen, sie in die Sozialdemokratie integrieren zu wollen. »Die Autonomie ... ist (dabei) keine Konzession, sondern bewußtes Instrument beim Aufbau einer Allianz gesellschaftlicher Kräfte, die dem Formenreichtum und der Komplexität der vor uns liegenden Veränderungen gewachsen ist« (Ingrao, in: Perspektiven der Euro-Linken, S. 343).